

Vereinbarung einer Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg ist sehr leistungsstark. Eine wichtige Voraussetzung für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg sind Fachkräfte. Derzeit gibt es bereits einen Fachkräfteengpass in bestimmten Berufen. Vor allem die demografische Entwicklung erfordert die nachhaltige Sicherung des Fachkräfteangebots. Nach der Prognose des Statistischen Landesamtes geht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in Baden-Württemberg zwischen 2010 und 2020 um rund 250.000 zurück, zwischen 2020 und 2030 um weitere 620.000. Der Rückgang setzt sich auch danach fort.

Vor diesem Hintergrund wird eine Allianz für Fachkräfte Baden-Württemberg gegründet.

Mit dieser Vereinbarung schließen sich die verantwortlichen Akteure in Baden-Württemberg zu einer Allianz zur Sicherung des Fachkräfteangebots in der mittelständischen Wirtschaft zusammen. Im Unterschied zu Großunternehmen verfügt der Mittelstand über ungleich geringere Kapazitäten zur Rekrutierung von Fachkräften.

Allianzpartner sind die Wirtschaftsorganisationen, die Gewerkschaften, die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit, die Kommunalen Spitzenverbände, die regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften, der Landesfrauenrat und das Land. Die Allianzpartner verfolgen gemeinsame Ziele. Eine Evaluierung der Zielerreichung soll in der Regel jährlich anhand der Ausgangswerte des Jahres 2010, die es zu verbessern gilt, erfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nachhaltige Fortschritte Zeit benötigen.

Die Allianzpartner setzen bisher schon erfolgreich Maßnahmen um, die sie weiterentwickeln werden. In der Fachkräfteallianz wird vor allem auch ein Dialog über gemeinsam umsetzbare zusätzliche Maßnahmen geführt.

Die Koordinierung der Fachkräfteallianz erfolgt durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg. Es wird regelmäßig zu Gesprächen über Maßnahmen, die Evaluierung der Zielerreichung u. a. einladen. Die Fachkräfteallianz wird sich in ihrer ersten Sitzung nach Gründung mit zusätzlichen Maßnahmen im Sinne eines gemeinsamen Aktionsprogramms befassen.

Die Allianz für Fachkräfte umfasst auch den Pflege- und Gesundheitssektor. Hier übernimmt das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg die Federführung seitens des Landes. Es wird gemeinsam mit den betroffenen Partnern geeignete Maßnahmen in die Wege leiten. Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz übernimmt für die Wirtschaftszweige in seinem Ressortbereich die Federführung für das Land.

Die Allianzpartner verfolgen zur Sicherung des Fachkräfteangebots in der mittelständischen Wirtschaft des Landes gemeinsam zehn Ziele:

1. Berufliche Ausbildung verstärken

Im Bereich der beruflichen Ausbildung gilt das „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2010-2014“. Ziele des Ausbildungsbündnisses: Allen Jugendlichen ein Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot unterbreiten; die Ausbildungsreife der Bewerber verbessern; die kontinuierliche Berufsorientierung in Bildungsplänen und Schulen verankern; die Rahmenbedingungen für die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen verbessern; die Potenziale benachteiligter Jugendlicher besser ausschöpfen, wobei ein besonderes Augenmerk auf Jugendliche mit Migrationshintergrund gelegt wird; die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Berufsabschlüsse verbessern; die Attraktivität der dualen Ausbildung erhöhen; den Berufsschulunterricht in der Fläche sicherstellen; die Durchlässigkeit zur Hochschule für Berufstätige ohne Abitur erleichtern und den Ausbildungsmarkt durch eine integrierte Ausbildungsstatistik transparenter machen. Die Behandlung der Themen, die die berufliche Ausbildung betreffen, erfolgt weiterhin im Rahmen des Ausbildungsbündnisses.

2. Berufliche Weiterbildung ausbauen

Die berufliche Weiterbildung muss bei Unternehmen, Beschäftigten und Arbeitslosen einen noch höheren Stellenwert erhalten. Unterrepräsentiert sind bisher ältere Beschäftigte, Un- und Angelernte und Beschäftigte in Elternzeit. Zur Weiterbildung gehört neben organisierten Weiterbildungsveranstaltungen auch das informelle Lernen. Laufende und weiterzuentwickelnde Maßnahmen betreffen die Einbindung von Hochschulen, Berufsbildungsstätten und Beruflichen Schulen in die Weiterbildungskonzepte der Unternehmen, die Qualitätssicherung, das arbeitsplatznahe Lernen und die Qualifizierungsberatung. Zu einzelnen Weiterbildungsthemen liegen Handlungsempfehlungen der Enquetekommission des Landtags „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ vor, die die Landesregierung umsetzen wird. Auch das „Bündnis für Lebenslanges Lernen“ wird sich mit Fragen der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung befassen. Die Fachkräfteallianz und das Bündnis werden sich ergänzen und Synergien erschließen.

3. Beschäftigung von Frauen steigern

Die Beschäftigungsquoten, d. h. die Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 25 und 64 Jahren, betragen in Baden-Württemberg im Jahr 2010 bei den Frauen 51,2 % und bei den Männern 61,3 %. Das durchschnittliche Arbeitsvolumen der Frauen lag insbesondere aufgrund des hohen Anteils an Teilzeitbeschäftigung bei 31,3 Wochenstunden, bei den Männern bei 37,8 Wochenstunden. Um das Beschäftigungspotenzial von Frauen stärker auszuschöpfen und eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern zu gewährleisten, müssen Maßnahmen insbesondere auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit auf die Reduzierung des Berufsausstiegs, die Erhöhung des Wiedereinstiegs und die dauerhafte Tätigkeit in qualifizierten Fach- und Führungspositionen abzielen. Dazu gehören vor allem eine bedarfsgerechte wohnortnahe Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Pflegebedürftige sowie eine familienbewusste Personalpolitik der Unternehmen.

4. Beschäftigung älterer Personen erhöhen

Die Beteiligung älterer Personen am aktiven Arbeitsleben steigt seit einigen Jahren kontinuierlich. Das Potenzial der Älteren muss noch stärker genutzt werden. Im Jahr 2010 betrug in Baden-Württemberg die Beschäftigungsquote der Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren 41,2 %. Zum Vergleich: Bei den 25 bis 54-Jährigen lag die Beschäftigungsquote bei 60,4 %. Laufende und zusätzliche Maßnahmen konzentrieren sich auf die Weiterbildung, die Arbeitsplatzgestaltung, die private und betriebliche Gesundheitsvorsorge, die Bildung altersgemischter Teams, Arbeitszeitmodelle und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Insgesamt gilt es, die Voraussetzungen für ein altersgerechtes Arbeiten und für gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen kontinuierlich zu verbessern.

5. Personen mit Migrationshintergrund stärker in den Arbeitsmarkt integrieren

Baden-Württemberg hat unter allen Flächenländern in Deutschland mit 26 % den höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund. Die Erwerbslosenquote der Personen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg lag im Jahr 2010 bei 8,5 %, bei Personen ohne Migrationshintergrund betrug sie 3,5 %. Ein Grund für die Diskrepanz sind Bildungsdefizite bei Personen mit Migrationshintergrund. Dies gilt insbesondere auch für Grundbildungsdefizite im sprachlichen Bereich. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss 36,6 %, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund 10,5%. Maßnahmen müssen deshalb auf die individuelle Förderung im vorschulischen und schulischen Bereich sowie generell auf eine bessere Qualifizierung abzielen. Das Fachkräftepotenzial von Personen mit Migrationshintergrund kann auch über eine verbesserte gesetzliche Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse, die im nächsten Jahr in Kraft tritt, stärker erschlossen werden.

6. Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, abbauen

In Baden-Württemberg lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2010 bei 4,9 %. Obgleich Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich eine niedrige Arbeitslosigkeit aufweist, gibt es Gruppen mit Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt. Besonders gilt dies für langzeitarbeitslose Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, auf die 27,2 % aller Arbeitslosen entfielen. Eine Schwerpunktmaßnahme ist die gezielte Qualifizierung von un- und angelernten Langzeitarbeitslosen. In Ergänzung der Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und der Kommunen wird die Landesregierung mit zusätzlichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Rahmen des Programms „Gute und sichere Arbeit“ besonders benachteiligte Zielgruppen fördern. Im Fokus stehen Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und besonders arbeitsmarktfremde Personen.

7. Vollzeitbeschäftigungsniveau erhöhen

Im Jahr 2010 betrug in Baden-Württemberg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den angestellten Arbeitnehmern 15,6 % und der Anteil der geringfügig Beschäftigten 15,2%. Teilzeitarbeit und Minijobs werden weit überwiegend von Frauen ausgeübt. Es wird eine höhere Vollzeitbeschäftigungsquote angestrebt, wobei die Arbeitszeitwünsche der Beschäftigten und die Flexibilisierungserfordernisse der Betriebe zu berücksichtigen sind. Insbesondere die angestrebte Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann einen wichtigen Beitrag zu einer höheren Vollzeitbeschäftigungsquote leisten.

8. Beschäftigtenzahl im Mangelberuf Ingenieurwesen steigern

Die Studienanfängerquote in den Ingenieurwissenschaften im ersten Fachsemester betrug in Baden-Württemberg im Wintersemester 2010/11 21,3 %, das waren 15.400 Personen. Die Abbrecherquote ist in den Ingenieurwissenschaften hoch. Beispielsweise lag sie im Absolventenjahr 2008 in den Maschinenbaustudiengängen an Universitäten bei 34 %. Die laufenden und auszubauenden Maßnahmen reichen von der Stärkung des Technikinteresses im vorschulischen und schulischen Bereich über die Studienvoraussetzungen bis zur Studienbegleitung. Potenziale gibt es vor allem bei Frauen. Im Jahr 2010 arbeiteten in Baden-Württemberg nur 3 % der erwerbstätigen Frauen in einem MINT-Beruf. In Baden-Württemberg wurde eine Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufen in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung“ gestartet und ein Bündnis vereinbart. Es sollen mehr Mädchen und Frauen für MINT-Berufe gewonnen, MINT-Berufe für Frauen attraktiver gemacht und Frauen in MINT-Berufen dauerhafte Perspektiven und Karrieremöglichkeiten geboten werden.

9. Gezielte Zuwanderung

Zur Sicherung des Fachkräfteangebots muss vorrangig das Beschäftigungspotenzial in Baden-Württemberg ausgeschöpft werden. Angesichts der demografischen Entwicklung ist auch die Zuwanderung von Fachkräften aus dem In- und Ausland notwendig. Unter den geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen gibt es ein Potenzial für Zuwanderung aus dem Ausland. Zum einen betrifft dies Fachkräfte aus der EU aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Zum anderen gibt es ein Fachkräftepotenzial aus Nicht-EU-Staaten bei ausländischen Absolventen baden-württembergischer Hochschulen sowie bei Maschinenbau-, Fahrzeugbau- und Elektroingenieuren, für die die Vorrangprüfung ausgesetzt wurde.

10. Regionale Fachkräfteallianzen gründen

Die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort ist maßgeblich für die Breitenwirkung des Fachkräftethemas. Kooperationen vor Ort können vom Erfahrungsaustausch zwischen Betrieben bis zu konkreten gemeinsamen Projekten reichen. Eine Basis für die Gründung regionaler Fachkräfteallianzen ist der Arbeitsmarktmonitor der Bundesagentur für Arbeit, der als Analyseinstrument für die demografische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Regionen zur Verfügung steht. Es gibt bereits zahlreiche erfolgreich arbeitende regionale Netzwerkpartnerschaften, die für weitere regionale Allianzen beispielgebend sein können.

Für die Allianzpartner unterzeichnen:

Dr. Nils Schmid MdL
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Prof. Dr. Dieter Hundt
Präsident
Landesvereinigung Baden-Württembergischer
Arbeitgeberverbände e.V.

Nikolaus Landgraf
Bezirkvorsitzender
DGB Baden-Württemberg

Eva Strobel
Vorsitzende der Geschäftsführung
Bundesagentur für Arbeit
Regionaldirektion Baden-Württemberg

Dr. Peter Kulitz
Präsident
Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Oskar Vogel
Hauptgeschäftsführer
Baden-Württembergischer
Handwerkstag e.V.
(in Vertretung Präsident Joachim Möhrle)

Die Allianzpartner:

Dr. Nils Schmid MdL
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Reinhold Gall MdL
Innenminister
des Landes Baden-Württemberg

Gabriele Warminski-Leitheußer
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg

Alexander Bonde
Minister für Ländlichen Raum und
Verbraucherschutz
des Landes Baden-Württemberg

Theresia Bauer MdL
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und
Kunst des Landes Baden-Württemberg

Katrin Altpeter MdL
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren
des Landes Baden-Württemberg

Bilkay Öney
Ministerin für Integration
des Landes Baden-Württemberg

Dr. Gerd Backes
Vorsitzender
Verband der Chemischen Industrie e. V.
Landesverband Baden-Württemberg

Leni Breymaier
Landesbezirksleiterin
ver.di Baden-Württemberg

Dr. Björn Demuth
Präsident
Landesverband der Freien Berufe
Baden-Württemberg e.V.

Dr. Rainer Dulger
Vorsitzender
Südwestmetall Verband der Metall- und
Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.

Prof. Stefan Gläser
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Städtetag Baden-Württemberg

Christoph Hahn-Woernle
Vorsitzender des Vorstands
Verband Deutscher Maschinen- und
Anlagenbau Baden-Württemberg e.V. VDMA

Prof. Dr. Eberhard Haller
Vorsitzender
VDI Landesverband Baden-Württemberg

Inge Hamm
Landesvorsitzende
IG Bauen-Agrar-Umwelt IG BAU
Regionalbüro Baden-Württemberg

Thomas Heumann
Vorstandsvorsitzender
Verband Garten-, Landschafts- und
Sportplatzbau Baden-Württemberg e.V.

Uwe Hildebrandt
Landesbezirksvorsitzender
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
NGG

Günther Hieber
Präsident
Bund der Selbständigen
Baden-Württemberg e.V.

Jörg Hofmann
Bezirksleiter
IG Metall Baden-Württemberg

Prof. Dr. Dieter Hundt
Präsident
Landesvereinigung Baden-Württembergischer
Arbeitgeberverbände e.V.

Roger Kehle
Präsident
Gemeindetag Baden-Württemberg

Angelika Klingel
Erste Vorsitzende
Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Dr. Hans-Eberhard Koch
Präsident
LVI Landesverband der
Baden-Württembergischen Industrie e.V.

Dr. Ulrich Köppen
Landesgeschäftsführer
Bundesverband mittelständische Wirtschaft
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Dr. Peter Kulitz
Präsident
Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag

Nikolaus Landgraf
Bezirksvorsitzender
DGB Baden-Württemberg

Horst Lenk
Präsident
Handelsverband Baden-Württemberg e.V.

Dr. Dieter Meyer-Keller
Präsident
Bauwirtschaft Baden-Württemberg e.V.

Joachim Möhrle
Präsident
Baden-Württembergischer Handwerkstag e.V.

Dr. Walter Rogg
Sprecher
Regionale Wirtschaftsfördergesellschaften in
Baden-Württemberg

Robert Schöttle
Vorsitzender
Zentralverband der Elektrotechnik- und
Elektronikindustrie Baden-Württemberg e.V.

Ralf Stockheim
Landesbezirksleiter
IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau,
Chemie, Energie
Landesbezirk Baden-Württemberg

Eva Strobel
Vorsitzende der Geschäftsführung
Bundesagentur für Arbeit
Regionaldirektion Baden-Württemberg

Landrat Joachim Walter
Vizepräsident
Landkreistag Baden-Württemberg